

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 160 (1994)
Heft: 7-8

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Österreich

Bundesheer privatisiert Lastwagen-Instandhaltung

Das österreichische Verteidigungsministerium hat Mitte April dieses Jahres in einem Rahmenvertrag die Wartungs- und Unterhaltsarbeiten für einen Grossteil der Bundesheerfahrzeuge ziviler Bauart für die Privatisierung freigegeben.

Das österreichische Bundesheer verfügt heute über rund 3600 Fahrzeuge ziviler Bauart, vorwiegend der Marken VW und Audi, die im Verlaufe der letzten Jahre überwiegend auf Grundlage von öffentlichen Ausschreibungen beschafft wurden. Unterdessen wurde nach intensiven Verhandlungen mit den Vertragswerkstätten der Porsche Austria GesmbH ein zusätzlicher Wartungs- und Unterhaltsvertrag abgeschlossen. Das Volumen dieser privaten Vergabe soll jährlich etwa 35 bis 40 Mio. Schilling (rund 5 Mio. SFr.) betragen. In Zukunft erfolgt demnach die Fahrzeugwartung, die Behebung von Unfallschäden, die jährlichen

Überprüfungen sowie die auftretenden Mängel und wiederkehrenden Begutachtungen der Fahrzeuge durch speziell dafür ausgerüstete und ermächtigte private Vertragswerkstätten. Die Vertragsbestimmungen übertragen und sichern auch die Ersatzteilbevorratung sämtlicher Fahrzeugtypen an die Porsche Austria GesmbH und entlasten dadurch das Bundesheer von der notwendigen Lagerhaltung von Ersatzteilen und Zubehör.

Dieser Wartungsvertrag ist bereits auf Mitte April dieses Jahres in Kraft getreten, er wurde aber erst im Verlaufe des Monats Mai im Beisein von Verteidigungsminister Fasslabend mit der Vertragsfirma unterzeichnet. Neben dem allgemeinen Prinzip der laufenden Privatisierungsmassnahmen will das österreichische Bundesheer mit diesem Abschluss vor allem Kosten sparen und die vorhandene Mechanikerkapazität auf die militärischen Einsatzfahrzeuge konzentrieren. Dabei geht es um eine sinnvolle Abwägung zwischen Arbeiten, die in bundesheereigenen oder privaten

Die österreichische Spezialeinheit für Katastrophenhilfe im Ausland hat u.a. auch bei der Beseitigung der Kampfmittel im Irak einen wesentlichen Beitrag geleistet.



Werkstätten durchgeführt werden können, ohne die Erfordernisse der Einsatzbereitschaft zu tangieren. hg

Schweizer Tiger-Kampfflugzeuge in Österreich

Mitte Mai fanden erstmals auf dem österreichischen Fliegerhorst Zeltweg in der Obersteiermark gemeinsame Luftübungen zwischen der Schweizer Luftwaffe und dem österreichischen Bundesheer statt. Zweck der einwöchigen Begegnung war gemäss Aussagen des zuständigen österreichischen Fliegerhorstkommandanten, Oberst Pintenitsch, der gegenseitige Erfahrungsaustausch. Von Schweizer Seite waren zu diesem Zweck drei Jäger F-5 Tiger des Überwachungsgeschwaders nach Zeltweg geflogen.

Auf österreichischer Seite wurden Abfangjäger des schwedischen Typs Draken eingesetzt. Auf dem Fliegerhorst Aigen in Zeltweg ist das Fliegerregiment 2 und gleichzeitig das Überwachungsgeschwader stationiert. Bereits Anfang Juni fanden auf dem obersteirischen Militärflugplatz weitere Aktivitäten statt. Im Rahmen eines Ausbildungsprogrammes statteten rund 40 Delegierte aus den KSZE-Staaten dem Fliegerhorst Zeltweg einen Besuch ab. Neben Ausbildungsprogrammen und Flugvorführungen wurde den Militärbeobachtern auf dem nahegelegenen Truppenübungsplatz Seetaler Alp auch ein Luft-Boden-Schiessen vorgeführt. ACL

Austrian Forces Disaster Relief Unit (AFDRU)

Anlässlich der Wehrmaterialausstellung IDET-94 in Brno (Tschechische Republik) Anfang Juni war auch ein Detachement der für Hilfeinsätze im Ausland vorgesehenen österreichischen Rettungseinheit (AFDRU) anwesend. Nebst der Präsentation ihrer umfangreichen Geräteausrüstung demonstrierten die Angehörigen dieser Einheit in täglichen Demonstrationen ihre grosse Erfahrung und ihr Können für solche Hilfeinsätze.

Die «Austrian Forces Disaster Relief Unit» wurde zu Beginn der 90er Jahre aufgebaut und hat sich seither in verschiedenen Auslandseinsätzen, u.a. auch im Irak und Iran (Vernichtung chemischer Kampfstoffe sowie Hilfeleistung an kurdischen Flüchtlingen) bewährt. Als Beauftragter für die Aufstellung und Ausbildung dieser Truppe und verantwortlicher Kommandant der Einheit ist vor einiger Zeit der Kommandant der ABC-Abwehrschule bestimmt worden. Die AFDRU-Einheit ist generell für SAR-Einsätze (Search and Rescue) im Ausland vorgesehen, wobei die ABC-Dekontamination einen Schwerpunkt bildet. Das Gros der Einheit muss ständig innerhalb 12 Stunden nach Eintreffen einer Hilfsanforderung einsatzbereit sein. Zudem muss die Ausrüstung des Kontingentes eine vollständige Autonomie für 14 Tage gewährleisten können, da in Katastrophengebieten in den meisten



Präsentation der österreichischen Einheit für Katastrophenhilfe im Ausland im tschechischen Brno.

Fällen nicht mehr auf die übliche Infrastruktur zurückgegriffen werden kann.

Grundsätzlich erfolgt die Personalrekrutierung aus Freiwilligen des Aktiv- und Milizstandes, die im Bedarfsfalle durch zivile Spezialisten ergänzt werden. Gegenwärtig stehen aus diesem Bereich – ausschliesslich auf freiwilliger Basis – mehr als 1000 Soldaten des Präsenz- und Milizstandes abrufbereit. Die Maximalstärke des Kontingents beträgt 180 Mann und gliedert sich in ein Führungs- und Versorgungselement sowie ein Einsatzfall modularartig aus Rettungs- und Bergegruppen, Spür-, Dekontaminierungs- oder Pioniergruppen gebildet wird.

Die Vorführungen anlässlich IDET-94 haben deutlich aufgezeigt, dass die österreichischen Soldaten dieser Spezialkompanie bereits über grosse Auslandsfahrung verfügen. Die meisten davon waren in letzter Zeit bei Hilfsaktionen oder friedenserhaltenden UNEinsätzen (z.B. in Somalia, Ruanda, Iran oder Irak) dabei. Vor allem die eingesetzten AC-Spezialisten konnten im Zusammenhang mit der C-Waffeninspektion und -vernichtung im Irak (anlässlich UNSCOM) sehr viele Erfahrungen sammeln. Die beim österreichischen Kontingent jetzt vorhandene Dekontaminierungsausrüstung dürfte zu der heute besten und modernsten in diesem Bereich zählen. hg

Ex-Jugoslawien

Zur Situation der serbischen Rüstungsindustrie

Die bisherige Überlegenheit der serbischen Truppen bei ihren vergangenen Einsätzen in Kroatien sowie heute in Bosnien-Herzegowina ist praktisch ausschliesslich auf deren bessere Bewaffnung zurückzuführen. Noch heute können die serbischen Kräfte auf die Waf-

fen-, Munitions- und Ausrüstungsbestände der früheren jugoslawischen Volksarmee zurückgreifen.

Im Verlaufe der letzten zwei Jahre hat die früher starke jugoslawische Rüstungsindustrie – infolge der Verselbständigung einiger Teilrepubliken – wichtige Standorte der Rüstungsindustrie, vor allem in Kroatien und Bosnien, verloren. Zu vermerken ist, dass noch im Jahre

1990 das ehemalige Jugoslawien im Bereich der Rüstungsproduktion weltweit den zehnten Platz eingenommen hatte. Produziert und auf dem internationalen Rüstungsmarkt angeboten wurden damals praktisch alle Waffenarten, darunter auch Kampfpanzer und Flugzeuge. Der Wegfall wichtiger Produktionseinrichtungen, namentlich in Kroatien sowie die Auswirkungen des Wirtschaftsembargos, haben unterdessen dazu geführt, dass Rest-Jugoslawien heute nicht mehr in der Lage ist, grössere Waffensysteme in eigener Regie zu produzieren. Allerdings waren die Serben bemüht, wenigstens die maschinellen Ausrüstungen, technische Anlagen, Baupläne und die Dokumentationen rechtzeitig in die Teilrepubliken Serbien und Montenegro zu verlegen. Seit einiger Zeit ist nun die serbische Militärführung daran, den Wiederaufbau der jugoslawischen Rüstungsindustrie an neuen Standorten voranzutreiben. Mit Sicherheit produziert werden weiterhin sämtliche Munitions- und Sprengstoffarten inklusive Minen, Handgranaten usw. Zudem dürfte die Herstellung von Sturm- und Maschinengewehren, Panzerabwehrwaffen, Minenwerfern und leichten Geschützen unvermindert weitergeführt werden. Die Produktion von Kampffahrzeugen (Panzern

und Schützenpanzern) dürfte noch nicht funktionieren, wobei die vorhandenen Kapazitäten in diesem Bereich vorerst für Reparaturzwecke benötigt werden. Weiterhin stillgelegt ist die Entwicklung und Produktion von Helikoptern und Flugzeugen sowie von Schiffen. Veröffentlichungen der serbischen Militärführung deuten aber darauf hin, dass an der Entwicklung eines neuen Kampfpanzers (Bezeichnung VIHOR = Wirbelwind) gearbeitet wird. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch, dass gemäss eigenen serbischen Aussagen Rest-Jugoslawien an der Entwicklung eines taktisch-operativen Raketen-systems (wahrscheinlich SCUD-Modifikation) arbeiten soll. Die heute teilweise erkennbaren Schwierigkeiten bei Rüstungsbetrieben in Rest-Jugoslawien sind in erster Linie auf das von der UNO verhängte Wirtschaftsembargo zurückzuführen. Das Know-how sowie die Bereitschaft zum Wiederaufbau einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie sind hingegen weiterhin vorhanden.

Gemäss Schätzungen sollen heute immerhin rund 50 Prozent der noch arbeitenden Bevölkerung Rest-Jugoslawiens in der einen oder anderen Form in Rüstungsbetrieben oder bei Zulieferern für diesen Bereich tätig sein. hg

USA

Gulf War Syndrome – Mögliche Auswirkungen durch C- oder B-Kampfstoffe im Golfkrieg?

Die Diskussionen um die merkwürdigen Krankheitssymptome bei einer grossen Zahl von US-Soldaten, die im letzten Golfkrieg 1991 im Irak im Einsatz standen, reissst nicht ab. Gemäss US-Verteidigungsministerium sind es heute etwa 15 000 Angehörige der US-Streitkräfte, die sich über solche merkwürdige Symptome beklagen, wie sie angeblich auch von biologischen oder chemischen Kampfstoffen herrühren könnten.

Nach dem Ende des Golfkrieges, als die ersten Erkrankungen auftraten, stellte sich anfänglich das US-Verteidigungsministerium auf den Standpunkt, dass keine hinrei-

chenden Beweise vorliegen würden, die auf krankheitsbedingte Auswirkungen durch B- oder C-Kampfmittel schliessen lassen. Als mögliche hypothetische Gründe wurden angegeben:

- übermässiger Stress verbunden mit der starken Luftverschmutzung durch Staub und Rauch während des Einsatzes,
- Vergiftung oder Verstrahlung durch Uranrückstände, die insbesondere durch den Einsatz von DU-Geschossen entstanden sein könnten, oder
- Auswirkungen, die durch vorsorgliche Einnahme von Medikamenten, die als Schutz gegen allfällige biologische oder chemische Waffeneinsätze gedacht waren, zurückzuführen sind.

Die im Golfkrieg im Einsatz stehende, damals noch tschechoslowakische ABC-Aufklärungs- und Dekontaminie-



Schützenpanzer BOV-3 aus früherer jugoslawischer Produktion, der heute auch bei den bosnischen Serben im Einsatz steht.

rungseinheit hatte allerdings schon kurz nach Beendigung des Golfkrieges darauf hingewiesen, dass sie während ihres Einsatzes entlang der irakisch-kuwaitischen Grenze geringe Mengen eines chemischen Kampfstoffes detektiert hätten. Es wurde damals auch von gewissen Kreisen spekuliert, dass eventuell die USA neue C-Kampfmittel getestet haben könnten. Bis heute haben sich allerdings weder über allfällige irakische noch amerikanische C- oder B-Einsätze konkrete Hinweise ergeben. Die massive Zunahme an Betroffenen, die unter diesen merkwürdigen Symptomen leiden, hat nun aber die Medien und auch die amerikanischen Politiker soweit aufhorchen lassen, dass umgehend vertiefte Untersuchungen und Abklärungen gefordert werden. Bereits haben

verschiedene Hearings stattgefunden, und Mitte dieses Jahres wurden die ersten Ergebnisse dieser Abklärungen dem «US-Senate Committee on banking, housing and urban affairs» vorgelegt. Das entstandene Dokument soll eine Fülle interessanter Informationen und Spekulationen über ABC-technische und medizinische Fragen enthalten. Über die wirkliche Ursache des sogenannten «Gulf-War-Syndroms» gibt aber auch dieses Dokument keine schlüssige Antwort.

Nach wie vor kann ein Einsatz von Kampfstoffen im letzten Golfkrieg nicht schlüssig bewiesen werden. Das US-Verteidigungsministerium ist nun aufgefordert, zur Aufdeckung dieses Problems weitere Untersuchungen und Abklärungen zu treffen. hg

Russland

Zum Einsatz russischer Truppen auf dem Gebiete der ehemaligen UdSSR

Russland versucht seit einiger Zeit, seine Einflussnahme auf das sogenannte «Nahe Ausland», d.h. auf das Territorium der früheren Sowjetunion, zu verstärken. Das Ausein-

anderfallen der ehemaligen UdSSR, verbunden mit der Entstehung von neuen Staaten, die dem GUS-Bündnis nicht angehören, haben die vorhandenen Gegensätze innerhalb der früheren Staatengemeinschaft klar aufgezeigt. Die russische Führung sieht daher die Aufstellung und den Einsatz eigener Friedenstruppen in

diesen Regionen als dringlich. Zudem will man dadurch auch die Schutzinteressen von rund 25 Millionen russischen Bürgern im «Nahen Ausland» wahrnehmen. Die Verantwortlichkeit für die Durchführung solcher friedenserhaltender Einsätze ist sowohl im Wehrgesetz als auch in der neuen Militärdoktrin Russlands festgehalten. Gemäss den Vorstellungen der russischen Führung soll «Peacekeeping» innerhalb dieser neu festgehaltenen Einflusszonen ein unabdingbarer Bestandteil der neuen Staatspolitik werden. Gegenwärtig wird an einem neuen Konzept für die Erstellung von Stützpunkten (total 30) im «Nahen Ausland» gearbeitet. Vor allem im Kaukasusgebiet strebt Moskau eine militärische Präsenz mit festen Basen an. Die in diesem Zusammenhang zu sehenden russischen Versuche, den CFE-Vertrag zu ändern, um mehr militärische Kräfte als vereinbart in diesem Raum stationieren zu dürfen, wurden bisher von den übrigen Vertragspartnern abgelehnt. Bisher sind drei Stützpunkte im «Nahen Ausland» konkret geplant: Mit Armenien besteht ein Einverständnis über die Nutzung von zwei Stützpunkten. Aserbaidschan hingegen zeigte bisher kein Interesse an einer gewünschten russischen Präsenz. Auch Moldawien sperrt sich gegen eine Stationierung russischer Truppen auf seinem Territorium und verlangt heute den raschen Abzug der 14. Russischen Armee aus der Republik. Seit einiger Zeit versucht nun Russland den UN-Generalsekretär dafür zu gewinnen, solche friedenserhaltende Operationen mit russischen Truppen in allen Nachfolgestaaten der früheren UdSSR zuzulassen. Die Bezahlung dieser Einsätze soll gemäss russischen Vorstellungen alleine die UN tragen. Die UNO-Führung erteilte diesem Ansinnen Anfang April 1994 eine deutliche Absage. Jegliche Hinzuziehung russischer Soldaten könne nur nach den Regeln der UNO und unter dem Kommando eines von der UN ernannten Befehlshabers erfolgen. Dasselbe gelte auch für den Einsatz von Streitkräften unter GUS-Flagge.

Aus diesen Aktivitäten erkennt man Russlands Bestreben, den nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion teilweise verlorengegangenen Einfluss wieder zurückzugewinnen. Allerdings

fehlt den russischen Friedenskräften bisher jeglicher Rechtsstatus für die Ausübung von friedenserhaltenden Aktionen. Solche Tätigkeiten beruhen ausschliesslich auf der Grundlage von Befehlen des russischen Verteidigungsministeriums. Trotz dieser Situation werden die Vorbereitungen für solche Friedensstreitkräfte vorangetrieben. Bei diversen Mot Schützendivisionen der Landstreitkräfte werden heute die Organisationsstrukturen und teilweise auch die Ausrüstung entsprechend angepasst. Es scheint, dass Russland gewillt ist, bei ethnischen Konflikten im «Nahen Ausland» künftig mit diesen sogenannten Friedenskräften seine Macht zu demonstrieren.

Einsatz russischer Militärbeobachter und Blauhelmtruppen (Übersicht)

Gemäss einer kürzlich erfolgten Mitteilung des Pressedepartements des russischen Verteidigungsministeriums stehen heute über 100 russische Militärbeobachter in verschiedenen Krisenregionen der Welt im Einsatz, nämlich:

- 14 im Nahen Osten (Syrien, Libanon, Ägypten),
- 15 an der Grenze zwischen Irak und Kuwait,
- 30 in der West-Sahara,
- 25 in Ex-Jugoslawien,
- 19 in Mozambique,
- 15 in Ruanda.

Zu Beginn dieses Jahres waren gemäss russischen Angaben folgende eigene Truppenkontingente in Friedensmissionen engagiert:

- 1500 Mann in Ex-Jugoslawien,
- 1800 Mann in Moldawien,
- rund 1000 Soldaten in Abchasien (sind unterdessen verstärkt worden),
- rund 500 Mann in Süd-Ossetien,
- einige Tausend Mann (210. Mot Schützen Div) in Tadschikistan.

hg ■



Russland will mit vermehrter militärischer Präsenz seine Einflussnahme auf das «Nahe Ausland», gemeint ist das Territorium der ehemaligen UdSSR, verstärken.